

Berliner Tageblatt

Die unerwartet eingelegten Manuskripte
bedeuten die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Hof-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Polnischer roter Terror in Oberschlesien.

Bolschewisierung der Korfant-Ärmee. Kommunistische Diktatur im Zentralindustriegebiet. (Telegramm unseres Korrespondenten)

X Weichen, 16. Juni.
Der Montag herrschen im Kreise Polens die düstersten Nachrichten. In nächster Nähe von Korfant's Sanitätsquartier haben sich eine rote Armee. Der bisherige korfant'sche Abteilungscommandant wurde abgesetzt. Bolschewisierte Anstaltsabteilungen verlangen von den Industrieverwaltern und der Kaufmannschaft hohe Summen und erpreschen Beträge bis 200 000 Mark. Auf mehreren Gebieten Industriearbeiter wecheln heute die rote Fahne, einzelne Regionen wurden unter die Diktatur der Arbeiter gestellt. Die Hindenburg'sche Kaufmannschaft protestierte bei der interalliierten Kommission gegen die Steuererpressungen der Roten. In Weichen bauen die Arbeiter an. Wichtig ist von den Russen die neuerdings wieder angegriffen worden.

Rückzug der alliierten Truppen. Wegen Gefährdung der Verbindungslinien durch Injuranten.

London, 16. Juni. (M. T. B.)
Reuter meldet: Die letzten britischen Nachrichten aus Oberschlesien lassen keine Besserung der Lage erkennen. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Polen ihr vor einigen Wochen gegebenes Rückzugsversprechen ausführen. Es scheint, daß Korfant seine Besatzung nicht mehr in der Hand hat, und daß er seine Befehle nicht durchsetzen kann. Die alliierten Truppen, deren rüchwartige Verbindungen von dem guten Willen der Injuranten abhängig geworden sind, sind wieder zurückgenommen worden. Ein solcher Zustand auf die Dauer nicht zu lassen werden konnte.

Neue Verhandlungen des Zwöfser-Ausschusses (Telegramm unseres Korrespondenten)

D Weichen, 16. Juni.
Die Meldungen französischer Blätter, daß die Verhandlungen zwischen dem deutschen Botschaftsrat und dem Oberkommando der interalliierten Kommission in Weichen abgelehnt hat, weil er eine Gleichstellung der Selbstverwaltung mit den Injuranten bedeute, eine vorzeitige Räumung die deutsche Bevölkerung ihres Landes bedeuten würde, die sie sich selbst gegeben hat, ohne ein wirksames Schutz durch die interalliierte Kommission sichergestellt. Karl Hilft hat protestiert zugleich im Namen der deutschen Bevölkerung, daß die interalliierte Kommission mit Korfant in Verhandlungen einlasse. Die

deutschen Vertreter kamen im übrigen dem Standpunkt der interalliierten Kommission sehr weit entgegen, indem sie wiederholt feierlich erklärten, daß der Selbstschutz mit dem Tage aufgehört werde, an welchem der Aufstand erloschen sei, oder sogar schon dann, wenn die deutsche Bevölkerung die Ueberzeugung gefaßt haben werde, daß sie des Selbstschutzes nicht mehr bedürfte.

Ein Mitglied des Zwöfser-Ausschusses der Reichssozialdemokratie, Ghrus, schreibt in den „Apfelner Nachrichten“: „Kann uns die interalliierte Kommission die spätere Berücksichtigung geben, daß die Räumung des Annaaberges keine von Korfant gestellte und von der interalliierten Kommission angenommene Bedingung ist? Wenn die interalliierte Kommission uns diese Gefährdung abt, dann fällt für uns der Hauptgrund weg, der uns zur Abweisung veranlaßt. Diese von uns verlangte Berücksichtigung wäre ein Kräftchen dafür, daß die interalliierte Kommission sicher versichert hat, daß der polnische Aufstand am 2. Mai begann und erst am 12. Mai der deutsche Selbstschutz gebildet wurde.“

Ghrus spricht die Hoffnung aus, daß eine Einigung zwischen dem Zwöfser-Ausschuss und der interalliierten Kommission auf der von ihm angegebenen Grundlage möglich sei. Sie sei sofort möglich, wenn General de Rond sich nicht selbst und Sir Gerald Stuart seinen Vorgänger nicht zu desavouieren gedenke. Einer Sabotageaktion aus Oppeln, wonach ein befristetes Ultimatum der interalliierten Kommission an den deutschen Botschaftsrat ergangen sei, ist falsch. Der deutsche Botschaftsrat ist jedoch, um 1½ Meilen süds, zumangekommen.

Lloyd George gegen die Uebermacht der „neuen Nationen“.

London, 16. Juni. (M. T. B.)
Lloyd George erklärte in einer auf der Walliser Methodistenversammlung gehaltenen Rede, es bestehe eine große Gefahr, daß wenn nicht etwas mehr getan werde, um die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern der Welt zu beherrschen, der Völkerverbund ein Mahnrufen für Aufruhr und Streitigkeiten werden könnte. Es könnten in Stunde Parteien und Gruppen gebildet werden und einer Seite, wenn die Mehrheit auf der einen Seite stehe und die Macht auf der anderen, dann werde man sehen, daß die Erörterungen des Völkerverbundes nur zu den größten in der Welt erlebten Konflikten geführt hätten. Lloyd George sagte, er sei voller Enttäuschung, wenn er sehe, daß trotz der Lehren des großen Krieges der Welt nationalen Ganges, der sich unter diesen Nationen feinerlei Zeichen eines Bestrebens zu Gunsten einer Intervention des Völkerverbundes in ihren Streitigkeiten oder irgendeiner Lösung vor den Beschülften des Landes sehen. Das Gewissen der Völker müsse geprüft werden, damit sie Blutvergießen als Verbrechen anerkennen. Ob der Völkerverbundvertrag die beste Organisation zu diesem Zweck ist oder ob der amerikanische Vorschlag eher Erfolg haben würde, darüber drängten die Reden nicht zu diskutieren. Ihre Aufgabe sei es, die Atmosphäre zu schaffen.

Das Bauverbot für deutsche Flugzeuge. Eine angebliche Entente.

Nach Meldungen einiger Blätter soll die Entente an Deutsch-land eine Note gerichtet haben, in der der Bau deutscher Flugzeuge verboten und eine Beschlagnahme der im Betrieb befindlichen und zum Friedensschluß gebrauchten Flugzeuge geordert sei. Diese Meldungen sind nach Mitteilung von zuverlässigen Quellen als verfrüht zu bezeichnen. Bisher ist weder in Paris noch Berlin eine solche Note überreicht worden. Ein derartiges Verhalten im übrigen nur eine Erfüllung der mit dem Ultimatum verbundenen Forderungen dar.

Nach den vorliegenden Berichten der französischen Blätter bleibt übrigens unklar, wie weit die einzigen Forderungen nach Auslieferung des Flugzeugmaterials gehen sollen, besonders der Befehl, sich mit den „Zerstörerflugzeugen“ befaßt, obwohl der Auffklärungsmittel kann es sich hierbei um die 149 Flugzeuge handeln, die dem ehemaligen Heeresflieger nach willigen Umbau an die Privatindustrie verkauft wurden und gegenwärtig dem Postflugdienst dienen. Eine Beschlagnahme von Flugzeugen vom übrigen Teil von der interalliierten Kontrollkommission, sondern nur von der Regierung angeordnet werden, und zwar auch erst nach Zustimmung des zugehörigen Reichstages vorliegenden Selbstes über die Befreiung der Luftfahrt.

Die Einführung der 26proz. Ausfuhrabgabe. (Telegramm unseres Korrespondenten)

Osag, 15. Juni.
Die „Chemical Exporters Association“ hat um englischen Parlament ersucht, mitzuteilen, daß die deutsche Exportabgabe nunmehr endgültig die Verpflichtung übernehmen hat. Die deutschen Exporte die 26 Prozent zu erheben. Die von dem deutschen Import bereits in das britische Schatzamt eingezahlten Abgaben werden fallen. Der einzige Punkt, der noch keine endgültige Uebereinstimmung erzielt werden ist, die Form der Leistung, die die britische Zollbehörde der deutschen Regierung abgeben muß. Die deutsche Regierung hat die englische Regierung, daß die englische Regierung genau ihre Wünsche mitteilen

oll. Ueber den Weg, den die deutschen Behörden einschlagen sollen, und daß England einen ober mehrerer Entwurfs für die Ermittlungen vorzulegen soll, wird ebenfalls berichtet. Diese Vereinigung seit mit, daß große deutsche Firmen, die sich bis jetzt weigerten, nach England zu liefern, wenn nicht der ganze Export vorher bezahlt wurde, nunmehr ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, von ihren englischen Abnehmern den Kaufpreis abzüglich der 26 Prozent entgegenzunehmen und für den Rest sich an die deutsche Regierung zu halten.

Direkte Verhandlungen zwischen Amerika und Japan.

London, 15. Juni.
Aus Washington wird gemeldet: Zwischen den Vereinigten Staaten und Japan sind direkte Verhandlungen zur Regelung der verhängenen ausstehenden Fragen einschließlich des Handels über Jap., der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten und der Rückgabe von Schantung an China eröffnet worden. Die Verhandlungen werden auf amerikanischer Seite von Staatssekretär Hughes und auf japanischer Seite vom japanischen Botschafter in den Vereinigten Staaten geführt. Die Regelung der Postfrage zwischen den beiden am meisten interessierten Nationen werde eine Erörterung des Völkerverbundes überflüssig machen.

Neue Tarifverhandlungen in der englischen Metallindustrie.

London, 16. Juni. (M. T. B.)
Infolge des Eingreifens des Arbeitsministeriums ist die Gefahr eines Streiks in der Metallindustrie für den Augenblick beseitigt, da die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, die Einführung des neuen Tarifsystems bis zum Ende des Monats aufzuschieben. Auf Veranlassung der Regierung haben Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern begonnen.

Die Kredithilfe für Deutsch-Oesterreich.

Der Plan des Völkerverbundes. — Seine Tragweite und seine Mängel. (Telegramm unseres Sonderkorrespondenten)

Dr. Leo Loderer.

I. Wien, 15. Juni.

Das Finanzkomitee des Völkerverbundes, dem die Aufgabe zugewiesen worden war, die wirtschaftliche Lage Deutsch-Oesterreichs zu prüfen und einen Plan für die Wiederherstellung der Lebensfähigkeit dieses Staates aufzustellen, hat seine Arbeiten beendet. „Das Komitee“, heißt es in einer loben verbandten amtlichen Mitteilung, „hat ein Programm der Finanzhilfe genehmigt, das nach seiner Ansicht geeignet ist, die wirtschaftliche Lage Oesterreichs wieder herzustellen. Die notwendigen Vorstöße für die Inangriffnahme des Programms sind sichergestellt; es obliegt jetzt den interessierten Regierungen, die Durchführung des Programms zu ermöglichen, indem sie unerschrocken ihre Verpflichtungen für einen vom Komitee vorgeschlagenen Zeitraum von zwanzig Jahren suspendieren.“ Schon aus dieser amtlichen Mitteilung geht hervor, daß auch diese endgültigen Beschlüsse des Finanzkomitees bedingt sind. Ihre Durchführung hängt davon ab, daß die interessierten Mächte das Generalpandrecht, welches ihnen der Staatsvertrag von St. Germain auf das gesamte Staatsvermögen und alle Staatsentnahmen Deutsch-Oesterreichs eingeräumt hat, zunächst für die 30 Leihnahmen, für das Tabakmonopol und für die Staatsforten zurückerstatten, damit diese Güter und Einnahmen als Sicherstellung der Deutsch-Oesterreich zu gewährleisten können. Nun haben dieser Zurückstellung bisher nur die weniger interessierten Mächte England, Belgien, Frankreich, Japan und Liberia zugestimmt. Die Zustimmung Italiens, Südamerikas und Rumaniens steht noch aus, und es scheint, daß diese waghalsig interessierten Mächte die Gelegenheit benutzen wollen, um noch allerlei politische und selbst territoriale Forderungen durchzusetzen. Die Verhandlungen, die sich als notwendig erweisen, können unter Umständen also noch recht lange dauern, und ihr Ergebnis steht noch keineswegs fest. Gleichwohl ist es heute möglich, den Plan der Finanzaktion des Völkerverbundes wenigstens einigermaßen auf seine Brauchbarkeit zu prüfen. In deren Grundgedanken ist das für Deutsch-Oesterreich geplante Hilfsprogramm bereits in der Denkschrift enthalten worden, die die Delegierten des Völkerverbundes, Dr.umont, Frazer, Gluckstadt und Avenca, nach Beendigung ihrer Untersuchungen über die Wirtschaftslage Deutsch-Oesterreichs ausgestellt hatten. Die vom Ausland zu gewährenden Kredithilfe und ein von der Regierung Deutsch-Oesterreichs durchzuführen des Finanzprogramms sollen sich gegenseitig ergänzen. Der Abgang im Staatshaushalt soll durch Sparmaßnahmen und durch Sparmaßnahmen, vor allem durch Einschränkung der Staatsausgaben für die Verbilligung der Lebensmittelpreise von 50 auf 17 Milliarden verringert werden; die Notenpresse soll stillgelegt und eine innere Anleihe aufgenommen werden, zu deren Bezahlung eine Hypothek von 2 von Hundert auf den gesamten erwerbsfähigen, städtischen und ländlichen Grundbesitz dienen soll. Als Höchstbetrag der ausländischen Hilfe sind bekanntlich bisher 500 Millionen Schweizer Francs genannt worden. Sie sollen, vom internationalen Privatkapital gegeben, durch die erwähnten Kredithilfe sowie durch eine vierprozentige Vorzugsanleihe auf dem gesamten Reichsgebiet in Deutsch-Oesterreich sichergestellt werden und, auf etwa zwei Jahre verteilt, in erster Linie der Finanzierung einer Notenbank zur Stabilisierung des Kronenfußes auf dem Wege der Einführung einer neuen Währung, in zweiter Linie dem Wiederaufbau der Industrie, dem Ausbau der Wasserkräfte und der Verbilligung der Landwirtschaft Deutsch-Oesterreichs dienen. Vorstöße auf diesen Kredit sollen Deutsch-Oesterreich, wie es in der oben verbandten Mitteilung heißt, die Inangriffnahme dieses Programms ermöglichen.

Wenn man sich ein Urteil über die Bedeutung dieser Kredithilfe bilden will, so muß man sie an einigen Zahlen des Staatshaushalts und der Volkswirtschaft Deutsch-Oesterreichs messen. 500 Millionen Schweizer Francs entsprechen 50 Milliarden deutsch-Oesterreichischer Kronen, wobei es eine offene Frage bleibt, ob das internationale Privatkapital mehr als als Höchstbetrag genannte Summe für die Deutsch-Oesterreich zu gewährenden Kredithilfe aufbringen wird. Von diesen Krediten werden zunächst jene Vorstöße zurückzahlen sein, die Deutsch-Oesterreich in der Zeit bis zur tatsächlichen Inangriffnahme des Hilfsprogramms gewährt werden sollen, damit zunächst die Notenpresse stillgelegt werden kann. Da der monatliche Abgang im Staatshaushalt mehr als vier Milliarden Kronen beträgt, werden in den nächsten vier bis fünf Monaten (so lange werden die noch erforderlichen Verhandlungen und Vorarbeiten zweifellos dauern) noch etwa 20 Milliarden im Abgrund der Defizitwirtschaft verschwinden. Selbst wenn es dann gelänge, die weiteren Abgänge aus dem Staatshaushalt der geplanten inneren Anleihe zu decken und das Defizit durch die geplante Finanzreform in dem ersten Maße einzuschränken, wird schon im Jahre 1921 mehr als ein Drittel der zu erwartenden ausländischen Kredithilfe verputzt sein. Seine vornehmste Aufgabe scheint das Hilfsprogramm für Deutsch-Oesterreich in der Schaffung einer neuen Emittionsbank zu erblicken. Die Hälfte des Kapitals der neuen Emittionsbank soll ausländischen Zeichnern überlassen werden und es ist gewiß nicht daran zu zweifeln, daß sich dieses internationalen Kapital, getreu seinem Wahlspruch „Geld fließt aller Länder,